

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 76. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. November 2007, 10 Uhr,
im Konferenzsaal (Zimmer 142) des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

i. V. von Hans-Jörn Arp

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Geschäftsbericht 2006 der Investitionsbank Schleswig-Holstein	5
Drucksache 16/1510 (überwiesen am 14. September 2007 an den Finanzausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)	
2. Antrag auf Einwilligung zur Fortsetzung der Abwicklung der europäischen Programme zur regionalen Zusammenarbeit (INTERREG)	6
Vorlage des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa Umdruck 16/2401	
3. Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung „Investitionsprogramm ‚Kinderbetreuungsförderung‘ 2008 - 2013“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern	7
Vorlage des Ministeriums für Bildung und Frauen interner Umdruck 16/2409	
4. Entwurf eines Gesetzes zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Errichtung der Eichdirektion Nord (1. Änderungsstaatsvertrag EDN)	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1631 (überwiesen am 12. Oktober 2007 an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)	
5. Machbarkeitsstudie zum Freibad-Themenkomplex in Keitum	9
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 16/2469	
6. Veräußerung der Liegenschaft „Ehemalige Straßenmeisterei in Neustadt in Holstein“, Eutiner Straße 77, 23730 Neustadt	10
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2403	

7. Endgültige Aufteilung von zentral veranschlagten globalen Minderausgaben 2007/2008 auf die Ressorteinzelpläne und Auflösung der globalen Minderausgaben 2007 11

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2240

8. Information/Kenntnisnahme 12

Umdruck 16/2369 - Sparkasse Südholstein
Umdruck 16/2387 - Flughafen Lübeck
Umdruck 16/2388 - Seemannsschule Lübeck-Travemünde
Umdruck 16/2390 - Messehalle Husum
Umdruck 16/2457 - Beschlüsse des Altenparlaments
Umdruck 16/2480 - über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2007
interner Umdruck 16/2443 - Röntgenlaser XFEL

9. Verschiedenes 14

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht 2006 der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Drucksache 16/1510

(überwiesen am 14. September 2007 an den **Finanzausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Vorstandsvorsitzender Herr Koopmann führt in den Geschäftsbericht 2006 der Investitionsbank ein und nennt die wichtigsten Daten zur Geschäftsentwicklung. Die Zahl der Vollarbeitskräfte habe sich infolge der Anhebung des Geschäftsvolumens ausgeweitet. In den Bereichen Wirtschaftsförderung und Immobilien rechne man ab 2007 wieder mit einem Anstieg. Bei der Nachfrage nach Beratungsleistungen für ÖPP-Projekte sei eine deutliche Belebung festzustellen. 2006 und 2007 zeichne sich eine Überschusszahlung von 1 Million € ab. Die sogenannte Finanzkrise wirke sich aus heutiger Sicht auf die Investitionsbank nicht aus.

Abg. Astrup möchte von der Landesregierung wissen, inwieweit die Übertragung weiterer Aufgaben auf die Investitionsbank zu einem Abbau von Personal in den Ministerien führe.

St Dr. Wulff äußert unter Hinweis auf die Voten, auch das Finanzministerium gehe davon aus, dass in dem Umfang, in dem Aufgaben auf die Investitionsbank verlagert würden, Personal bei den Ministerien abgebaut werde.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/1510 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Antrag auf Einwilligung zur Fortsetzung der Abwicklung der europäischen Programme zur regionalen Zusammenarbeit (INTERREG)

Vorlage des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa
Umdruck 16/2401

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die mit Umdruck 16/2401 erbetene Einwilligung.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung „Investitionsprogramm ‚Kinderbetreuungsfinanzierung‘ 2008 - 2013“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern

Vorlage des Ministeriums für Bildung und Frauen
interner Umdruck 16/2409

St Dr. Wulff führt aus, um das Ziel eines Ausbaustandes von 35 % für unter dreijährige Kinder bis 2013 zu erreichen, seien nach bisherigen Ermittlungen ungefähr 11.300 Plätze erforderlich. Von den vom Bund bis 2013 bereitgestellten Mitteln entfalle auf Schleswig-Holstein eine Summe von rund 136 Millionen €, von denen 74,2 Millionen € für die Investitionsförderung und 62 Millionen € für Betriebskosten vorgesehen seien. Über die Deckungslücke und notwendige Ergänzungen habe das Land noch keine Entscheidung getroffen; am 9. November 2007 sollten erste Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden stattfinden. Die genauen Auswirkungen und Belastungen für das Land seien von der Bedarfsermittlung der Kommunen und der Verteilung der Kosten zwischen Land, Kommunen, freien Trägern und Eltern abhängig.

Abg. Herdejürgen erinnert daran, dass die Kommunen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz für einen bedarfsgerechten Ausbau an Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder verantwortlich seien.

RL Dr. Otto äußert, das große Problem sei die Einschätzung des Bedarfs. Die Versorgungsquote bei den sechsjährigen Kindern betrage rund 96 %, bei den dreijährigen Kindern 65 % und bei den unter dreijährigen Kindern nur 8 %. Die Einführung eines Rechtsanspruches auch für die unter dreijährigen Kinder und die eingeführte neue Form der Elternzeit werde hier zu einer deutlich höheren Nachfrage führen. Die Kreise nähmen im Jahr 2008 neue Planungen vor.

Abg. Heinold kündigt einen Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die nächste Landtagstagung an.

Der Vorsitzende bittet die Landesregierung, angesichts der finanziellen Dimension den Finanzausschuss über die Thematik auf dem Laufenden zu halten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des
Staatsvertrages über die Errichtung der Eichdirektion Nord
(1. Änderungsstaatsvertrag EDN)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1631

(überwiesen am 12. Oktober 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Fi-
nanzausschuss)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Wirtschaftsausschuss, den
Gesetzentwurf Drucksache 16/1631 unverändert anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Machbarkeitsstudie zum Freibad-Themenkomplex in Keitum

Antrag der Fraktion der FDP
Umdruck 16/2469

Ebenfalls einstimmig fordert der Finanzausschuss das Wirtschaftsministerium auf Antrag der FDP-Fraktion auf, ihm die Machbarkeitsstudie zum Freibad-Themenkomplex in Keitum vorzulegen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Veräußerung der Liegenschaft „Ehemalige Straßenmeisterei in Neustadt
in Holstein“, Eutiner Straße 77, 23730 Neustadt**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2403

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss dem Verkauf der Liegenschaft (Umdruck 16/2403)
zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Endgültige Aufteilung von zentral veranschlagten globalen Minderausgaben 2007/2008 auf die Ressorteinzelpläne und Auflösung der globalen Minderausgaben 2007

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2240

Abg. Heinold kritisiert, dass es sich zum Teil nicht um echte Sparmaßnahmen handele. Sie fragt nach den Gründen für die Erwirtschaftung einer Summe von 200.000 € bei den Zuschüssen an Kirchen.

St Dr. Wulff macht darauf aufmerksam, „Minderausgabe“ bedeute, dass im Rahmen des Haushaltsvollzugs weniger Geld als geplant ausgegeben werden müsse beziehungsweise werde.

Auf eine Frage von Abg. Heinold erwidert RL Jürgensen, das Bildungsministerium könne die globale Minderausgabe wegen der besonderen Struktur des Einzelplans 07 erst am Ende des Jahres auflösen. Bei den Betreuungs- und Ganztagsangeboten werde voraussichtlich eine Minderausgabe von 1,1 Millionen € erbracht, der Rest beim Lehrpersonalbudget.

Bei Enthaltung von Abg. Heinold nimmt der Finanzausschuss die Aufteilung der zentral veranschlagten globalen Minderausgaben 2007 und 2008 auf die Einzelpläne und die geplante Auflösung der globalen Minderausgaben 2007 zur Kenntnis und stimmt der Auflösung von globalen Minderausgaben bei nicht-investiven Zuwendungen sowie der Auflösung des Teilbetrages von 3,6 Millionen € in Einzelplan 06 zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/2369 - Sparkasse Südholstein
Umdruck 16/2387 - Flughafen Lübeck
Umdruck 16/2388 - Seemannsschule Lübeck-Travemünde
Umdruck 16/2390 - Messehalle Husum
Umdruck 16/2457 - Beschlüsse des Altenparlaments
Umdruck 16/2480 - über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2007
interner Umdruck 16/2443 - Röntgenlaser XFEL

Der Finanzausschuss nimmt die oben angegebenen Umdrucke zur Kenntnis.

Bei Umdruck 16/2369 - Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Forderungen durch die **Sparkasse Südholstein** - fordert der Finanzausschuss das Justizministerium auf, den Ausschuss schriftlich über den aktuellen Stand der Bearbeitung durch die Staatsanwaltschaft zu unterrichten.

Abg. Kubicki kündigt an, dem Ausschuss den Beschluss des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts darüber, dass einem Betroffenen in einem Verfahren über Forderungsverkäufe Prozesskostenhilfe gewährt werde, zuzuleiten.

Bei Umdruck 16/2390 - geplanter Ausbau der **Messehalle in Husum** - bittet der Vorsitzende das Wirtschaftsministerium, dem Finanzausschuss die Höhe der Förderquote des Landes schriftlich mitzuteilen.

Abg. Kubicki wirft die Frage auf, inwieweit sich die Messe in Husum wirtschaftlich trage.

Abg. Koch bittet das Wirtschaftsministerium darum, dem Finanzausschuss die in der Vorlage genannte Machbarkeitsstudie zuzuleiten.

Der Finanzausschuss kommt überein, die beiden vorstehenden Themen in der nächsten Finanzausschusssitzung auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Beschlüsse des 19. **Altenparlaments** (Umdruck 16/2457) nimmt der Finanzausschuss zur Kenntnis und verweist hinsichtlich der Stellungnahme auf die Fraktionen. Bezüglich der Forderung des Altenparlaments, die Mehrwertsteuer für Medikamente sowie für Heil- und Hilfs-

mittel von 19 auf 7 % zu senken, erinnert der Vorsitzende an den ablehnenden Beschluss des Landtages vom November 2005.

Bei Umdruck 16/2443 - Europäische Freie **Elektronen-Röntgenlaseranlage XFEL** - bittet der Vorsitzende die Landesregierung, den Finanzausschuss angesichts der finanziellen Dimension über die Thematik auf dem Laufenden zu halten.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am 15. November findet keine Sitzung des Finanzausschusses und der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung statt.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer